

Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
										
Grundlagen der Sozialpolitik	1945 1949 Die Zeit der Besatzungszeiten	1949 1957 Bundesrepublik Deutschland	1957 1966 Bundesrepublik Deutschland	1966 1974 Bundesrepublik Deutschland	1974 1982 Bundesrepublik Deutschland	1982 1989 Bundesrepublik Deutschland	1949 1961 Deutsche Demokratische Republik	1961 1971 Deutsche Demokratische Republik	1971 1989 Deutsche Demokratische Republik	1989 1994 Bundesrepublik Deutschland
Sozialpolitik in Deutschland	Sozialpolitik in Deutschland	Sozialpolitik in Deutschland	Sozialpolitik in Deutschland	Sozialpolitik in Deutschland	Sozialpolitik in Deutschland	Sozialpolitik in Deutschland	Sozialpolitik in Deutschland	Sozialpolitik in Deutschland	Sozialpolitik in Deutschland	Sozialpolitik in Deutschland
□	□	□	□	□	□	□	□	□	□	□

Die Bände, die Themen und die Autoren



Nomos

Einleitung

Mehr als ein halbes Jahrhundert nach Ende des Zweiten Weltkriegs und der Gründung zweier deutscher Staaten wird in einem umfangreichen Forschungsvorhaben die deutsche Sozialpolitik in dieser Zeit und die unterschiedliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR wissenschaftlich aufgearbeitet und, nach Perioden gegliedert, in 11 Bänden dokumentiert. Herausgeber der Reihe sind das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung und das Bundesarchiv. Das Forschungsprojekt wird durch einen Beirat wissenschaftlich verantwortet.

Band 1 führt in das Thema ein, erläutert den Begriff Sozialpolitik, dokumentiert die Verwaltungsgeschichte und begründet die Periodisierung des Gesamtwerks. Er gibt einen historischen Rückblick vor 1945, entwickelt ausführlich die Grundlagen der Sozialpolitik in der Bundesrepublik und in der DDR und stellt einen internationalen Vergleich an.

Band 2 schildert die Zeit der Besatzungszonen, die Bände 3–7 beschreiben die Sozialpolitik in der Bundesrepublik bis 1989, die Bände 8–10 die Entwicklung in der DDR. Band 11 befasst sich mit der Wiedervereinigung und der Sozialpolitik bis 1994. Die Bände 2–11 werden jeweils durch eine CD-ROM ergänzt, die die umfangreiche Dokumentation enthält.

Die innovative Software der CD-ROM-Dokumentation verbessert die Recherche-Möglichkeiten für die Nutzer. Dokumente zu bestimmten Sachverhalten können numehr gezielt und über Bandgrenzen hinweg, bei Bedarf auch in der gesamten Dokumentation ermittelt werden. Dies bietet gegenüber der herkömmlichen Print-Version einen erheblichen Vorteil.

Für jeden Band haben namhafte Wissenschaftler die Aufgabe als Bandherausgeber übernommen, die selbst, zuweilen unterstützt durch einen Mitarbeiter, die Rahmenbedingungen und die sozialpolitischen Denk- und Handlungsfelder der jeweiligen Periode aufzeigen, die Einzelbeiträge der übrigen Autoren in das Gesamtwerk einfügen und eine Gesamtbetrachtung des Bandes vorlegen. Mehr als 50 Autoren aus den verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen (aus West und Ost) sind an diesem Vorhaben beteiligt.

Übersicht über die Bände

Band 1

Grundlagen der Sozialpolitik

Band 2

1945 – 1949 *Die Zeit der Besatzungszonen*

Sozialpolitik zwischen Kriegsende und der Gründung zweier deutscher Staaten – *Bandherausgeber:* Prof. Dr. Udo Wengst

Band 3

1949 – 1957 *Bundesrepublik Deutschland*

Bewältigung der Kriegsfolgen, Rückkehr zur sozialpolitischen Normalität
Bandherausgeber: Prof. Dr. Günther Schulz

Band 4

1957 – 1966 *Bundesrepublik Deutschland*

Sozialpolitik im Zeichen des erreichten Wohlstands
Bandherausgeber: Prof. Dr. Michael Ruck, PD Dr. Marcel Boldorf

Band 5

1966 – 1974 *Bundesrepublik Deutschland*

Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs
Bandherausgeber: Prof. Dr. Hans Günter Hockerts

Band 6

1974 – 1982 *Bundesrepublik Deutschland*

Neue Herausforderungen, wachsende Unsicherheit
Bandherausgeber: Prof. Dr. Martin H. Geyer

Band 7

1982 – 1989 *Bundesrepublik Deutschland*

Finanzielle Konsolidierung und institutionelle Reform
Bandherausgeber: Prof. Dr. Manfred G. Schmidt

Band 8

1949 – 1961 *Deutsche Demokratische Republik*

Im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus
Herausgeber im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin:
Dr. Dierk Hoffmann, PD Dr. Michael Schwartz

Band 9

1961 – 1971 *Deutsche Demokratische Republik*

Politische Stabilisierung und wirtschaftliche Mobilisierung
Bandherausgeber: Prof. Dr. Christoph Kleßmann

Band 10

1971 – 1989 *Deutsche Demokratische Republik*

Bewegung in der Sozialpolitik, Erstarrung und Niedergang
Bandherausgeber: PD Dr. Christoph Boyer, Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke, Dr. Peter Skyba

Band 11

1989 – 1994 *Bundesrepublik Deutschland*

Sozialpolitik im Zeichen der Vereinigung
Bandherausgeber: Prof. Dr. Gerhard A. Ritter

Der wissenschaftliche Beirat

Das Projekt „Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945“ wird durch einen Beirat wissenschaftlich verantwortet. Dem Beirat gehören an:

Prof. Dr. Hans Günter Hockerts,

Historisches Seminar der Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. em. Dr. DDr. h. c. Franz-Xaver Kaufmann,

Soziologische Fakultät der Universität Bielefeld

Prof. em. Dr. Drs. h.c. Gerhard A. Ritter,

Historisches Seminar der Ludwig-Maximilians-Universität München

Dr. Peter Rosenberg,

Ministerialdirektor a.D. im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Prof. Dr. Hartmut Weber,

Präsident des Bundesarchivs

Prof. em. Dr. Dr. h. c. mult. Hans F. Zacher,

Juristische Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München,

em. Direktor des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Sozialrecht, München

Dem Beirat haben zeitweise angehört:

Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg, 1995 – Dezember 1999,

Präsident des Bundesarchivs

Prof. Dr. Drs. h. c. Jürgen Kocka, 1995-1998,

Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften der Freien Universität

Berlin, Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung



BAND

1 Grundlagen der Sozialpolitik

Band 1 führt in das Thema Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945 ein. Prof. Dr. Franz-Xaver **Kaufmann** eröffnet den Band mit einer Begriffsgeschichte der Sozialpolitik seit der Mitte des 19. Jahrhunderts; Prof. Dr. Friedrich P. **Kahlenberg** und Dr. Dierk **Hoffmann** erläutern die sozialpolitischen Aufgaben von obersten Bundesbehörden bzw. zentralstaatlichen Verwaltungen in den beiden deutschen Staaten; Prof. Dr. Hans Günter **Hockerts** begründet die Periodisierung des Publikationsvorhabens und gibt einen Überblick über Phasen und Zäsuren in der Geschichte der Sozialpolitik; Prof. Dr. Michael **Stolleis** beschreibt die Geschichte der Sozialpolitik vom Mittelalter bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs; Prof. Hans F. **Zacher** stellt die Ordnungsprinzipien der Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland dar und Prof. Dr. Manfred G. **Schmidt** die Ordnungsprinzipien der Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik. Franz-Xaver **Kaufmann** beschließt den Band mit einer Standortbestimmung des bundesdeutschen Sozialstaats im internationalen Vergleich.





BAND

DIE ZEIT DER BESATZUNGSZONEN

Die Zeit der Besatzungszonen Sozialpolitik zwischen Kriegsende und der Gründung zweier deutscher Staaten

Bandherausgeber:

Prof. Dr. Udo Wengst

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs teilten die Siegermächte Deutschland in vier Besatzungszonen. Eine deutsche Zentralgewalt gab es nicht mehr. Die gemeinsame Zonenverwaltung zerbrach an den unterschiedlichen politischen Interessen der Besatzungsmächte. Sozialpolitik musste sich vor allem als Not-Helfer bei der Bewältigung der Folgen von Krieg und nationalsozialistischer Gewaltherrschaft bewähren. Die öffentliche Verwaltung organisierte sich in den kleineren Räumen der Länder und Kommunen. Die Zukunft für die Menschen erschien offener denn je. Die sozialpolitischen Debatten bewegten sich zwischen „Kontinuität“ und „Neubeginn“. Einflüsse der Besatzungsmächte und Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung setzten wichtige Impulse. Die Reformer gaben zunächst die Richtung vor. Ein Bruch in den Systemen der Sozialversicherung, wie er sich zeitweise abzeichnete, wurde in den Westzonen aber vermieden.

Neben der angloamerikanischen Bizone schlugen die sowjetische Zone und die französische Zone eigene sozialpolitische Wege ein. Die bizonale Entwicklung führte zur Bundesrepublik, in die auch die abweichenden Ansätze der französischen Zone einmündeten, die sowjetzonale zur DDR. Dieser Band – Zeit der Besatzungszonen – berücksichtigt beide Entwicklungen. Auf eine „getrennte“ Darstellung wurde bewusst verzichtet, um die spannungsreiche Diskussion dieser Zeit in ihrer Gesamtheit zu dokumentieren.





BAND

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Bewältigung der Kriegsfolgen, Rückkehr zur sozialpolitischen Normalität

Bandherausgeber:

Prof. Dr. Günther Schulz

Die Überwindung der Kriegsfolgen und die konzeptionelle Grundlegung des westdeutschen Sozialstaats kennzeichneten diese Epoche. Abbau des Wohnungselends, die Versorgung und Entschädigung der Kriegsoffer, Lastenausgleich und die Wiedergutmachung prägten zunächst den Neubeginn. Es gab grundlegende Debatten, ob die Wirtschafts- und Sozialordnung, die Arbeitsverfassung und die soziale Sicherung in den herkömmlichen Formen wieder hergestellt oder - und nach welchen Vorstellungen - neu und anders gestaltet werden sollten. 1957 war die Konzeption des Sozialstaats in den Grundzügen abgeschlossen. Tarifautonomie, Mitbestimmung und Betriebsverfassung gaben dem Arbeitsrecht Gestalt. Wichtige gesellschaftspolitische Neuerungen waren der Soziale Wohnungsbau und familienpolitische Leistungen wie das Kindergeld. Das „Wirtschaftswunder“ verhalf neuen Ideen zum Durchbruch, wie die Reform der Rentenversicherung zeigt. Neu war das Konzept, den Lebensstandard nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu sichern und die Rente zu dynamisieren. Das Sozialversicherungsprinzip mit lohnbezogenen Beiträgen und beitragsbezogenen Sozialleistungen blieb Grundlage der Neuordnung. Dauer und Erfolg der Erwerbstätigkeit erhielten einen zentralen Stellenwert im System der sozialen Sicherung.





BAND

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

4 *Sozialpolitik im Zeichen des erreichten Wohlstands*

Bandherausgeber:

**Prof. Dr. Michael Ruck,
PD Dr. Marcel Boldorf**

Wohlstand und Wirtschaftswachstum hatten sich zu zwei wichtigen Eckpfeilern der Sozialpolitik entwickelt. Die Grundsatzfragen über die Konzeption der Sozialpolitik und die Förderung des Wirtschaftswachstums waren damit aber nicht entschieden. Erste Debatten über die Grenzen des Sozialstaats setzten ein. Auch wenn in der Regierungserklärung für die dritte Legislaturperiode eine Weiterführung der mit der Rentenreform begonnenen „Sozialreform“ angekündigt wurde, so enthielt sie gleichzeitig auch die Warnung vor dem „totalen Versorgungsstaat“. Der steigende Wohlstand gab Anlass genug, den Ausbau der sozialen Sicherung zu verlangsamen und stattdessen die Selbstverantwortung zu fördern. Die neue Vermögenspolitik mit Sparförderung und Volksaktien sollte die Einkommenszuwächse breiter Bevölkerungsschichten in neue Bahnen lenken. Die Versuche, die Kostenexpansion in den Sicherungssystemen zu kontrollieren, so z. B. eine kostendämpfende Umsteuerung im Gesundheitswesen, scheiterten. Der Ausbau der sozialen Sicherung ging gleichwohl weiter, wie der Umbau der Fürsorge zur neuen Sozialhilfe eindrucksvoll zeigte. Vor dem Hintergrund der breit diskutierten Fragen der Konjunktursteuerung und Wachstumsvorsorge erweiterten sich die Themen der Sozialpolitik um Fragen der Infrastruktur und Sozialinvestitionen. Über Vorarbeiten kam man in dieser Zeit zumeist aber nicht hinaus.





BAND

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs

Bandherausgeber:

Prof. Dr. Hans Günter Hockerts

Die Große Koalition aus Christdemokraten und Sozialdemokratie, im Dezember 1966 geschlossen, veränderte wichtige Stellgrößen der Politik. Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 bildete den Kern der neuen makroökonomischen Rahmenplanung, was sich auch unmittelbar auf die Sozialpolitik auswirkte. Wachstum und Vollbeschäftigung wurden Zielgrößen des Wohlfahrtsstaats. Dazu gehörte eine neue aktive Arbeitsmarktpolitik, wie sie sich im Arbeitsförderungsgesetz niederschlug. Ein Sozialbudget sollte die Sozialleistungen systematisch erfassen. Sozialrechtliche Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten wurden zugunsten eines einheitlichen Arbeitnehmerbegriffs eingeebnet. Die Sozialliberale Koalition, die 1969 der Großen Koalition nachfolgte, erzeugte mit ihren angekündigten Reformen, ein Klima von Wachstumserwartung, Planungs- und Fortschrittsoptimismus. Der folgende Ausbau des Sozialstaats zeigte sich am auffälligsten in der Steigerung der Sozialleistungsquote von 25,5 % des Bruttoinlandsprodukts 1969 auf 33,4 % im Jahre 1975. Sozialpolitik wurde mehr und mehr zur Gesellschaftspolitik. Zu den wachsenden Geldleistungen kamen vermehrt Programme im Bildungs- und Gesundheitswesen, des Städtebaus und der regionalen Strukturpolitik hinzu. Arbeitsschutz, Mitbestimmung und Behindertenpolitik erhielten neue Stellenwerte. Auch die Sozialpolitik vertraute in zeittypischer Weise darauf, dass Zukunft berechenbar sei.





BAND

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

6 *Neue Herausforderungen, wachsende Unsicherheit*

Bandherausgeber:

Prof. Dr. Martin H. Geyer

In den Jahren nach 1975 erreichte der Sozialstaat seine Grenzen. Ein tiefgreifender wirtschaftlicher Strukturwandel mit Ölpreisschock, Rückgang der Schwerindustrie, Verschiebungen auf den Weltmärkten zugunsten neuer Wachstumszentren (z.B. Ostasien), führten zum Verlust von Vollbeschäftigung, reduzierten das Wachstum, beschleunigten inflationäre Tendenzen und ließen die Staatsverschuldung ansteigen. Große Befürchtungen traten an die Stelle großer Erwartungen. Krisenmanagement und Gefahrenabwehr ließen optimistisch gestimmte Zukunftsplanungen in den Hintergrund treten. Die „Grenzen des Wachstums“ beherrschten die Diskussion. Der Aufstieg neuer sozialer Bewegungen, wie die Umwelt-, Frauen-, Friedens- und Alternativbewegungen verschob Werthorizonte in der Gesellschaft. War der Sozialstaat in seiner bisherigen Ausprägung noch zu finanzieren? In welchem Verhältnis sollten Wirtschafts- und Sozialpolitik künftig stehen? Sparen und Kostendämpfung rückten in den Vordergrund sozialpolitischer Entscheidungen. Ziele und Grundzüge der Industriegesellschaft gerieten stärker als bisher in die öffentliche Kritik. Die Auseinandersetzungen um Konzepte des Sozialstaats spitzten sich zu. Die wachsende Arbeitslosigkeit stellte die Ausrichtung auf den langfristig vollbeschäftigten Arbeitnehmer in Frage. Die veränderte Stellung der Frauen in der Gesellschaft wurde zu einem sozialgeschichtlichen Veränderungsfaktor von außerordentlicher Bedeutung.





BAND

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Finanzielle Konsolidierung und institutionelle Reform

Bandherausgeber:

Prof. Dr. Manfred G. Schmidt

Die Koalition aus CDU/CSU und FDP kündigte im Oktober 1982 eine Kursänderung in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik an. Die Entscheidungsspielräume der privaten Wirtschaft sollten erweitert, die Staatsquote sollte rückgeführt und die Sozialleistungsquote reduziert werden. Sie sank von 33% (1982) auf 29,1% (1990), wozu die finanzielle Konsolidierung ebenso wie das höhere Wirtschaftswachstum beitrug. Parallel zur finanziellen Konsolidierung strebte die Regierung nach institutioneller Reform oder „Umbau“ des Sozialstaats und Anpassung an neue wirtschaftliche und demographische Gegebenheiten. Ferner wurde stärker als zuvor die Deregulierung und Flexibilisierung eines Teils der Arbeitsordnung in Angriff genommen. Der „Umbau“ des Sozialstaats war in der öffentlichen Diskussion ebenso umstritten wie die finanzielle Konsolidierung.

Insbesondere von Gewerkschaften, Sozialverbänden und Opposition wurden beide Vorhaben eher als „Sozialabbau“ gekennzeichnet. Hierin drückte sich ein beträchtlich gesteigerter Konflikt zwischen Regierung und Opposition über die Sozialpolitik aus. Andererseits kamen mit dem 1989 verabschiedeten „Rentenreformgesetz 1992“ Regierung und Opposition in einem gemeinsamen Kraftakt zu einer Anpassung der Alterssicherung an neue wirtschaftliche und demographische Herausforderungen. All dies versinnbildlicht, dass die Sozialpolitik dieser Zeit im Zeichen von Kontinuität und Diskontinuität sowie von Konflikt und Kooperation stand.





BAND

DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK

Im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus

Herausgeber im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
München-Berlin:

Dr. Dierk Hoffmann,
PD Dr. Michael Schwartz

Nach der Staatsgründung der DDR begann die SED mit dem konfliktreichen Aufbau des Sozialismus, d. h. mit einer tiefgreifenden Umgestaltung der staatlichen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Verhältnisse. Alle grundlegenden Fragen mussten mit der sowjetischen Besatzungsmacht abgestimmt werden. Mit der Einführung der Zentralverwaltungswirtschaft und der Verstaatlichung in den einzelnen Wirtschaftssektoren wurde der Markt sukzessive zurückgedrängt. Der Begriff „Sozialpolitik“ wurde fallen gelassen, weil davon ausgegangen wurde, dass das planerische System die gewünschten sozialen Verhältnisse quasi automatisch mit sich bringen würde. Gleichwohl traf man „sozialpolitische Entscheidungen“, wie die Verstaatlichung des Gesundheitswesens und den Umbau der Sozialversicherung zu einer Einheitsversicherung, die in die Verwaltung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes überging. Staatliche Sozialpolitik wurde einerseits durch die Folgen der gesamtgesellschaftlichen Transformation z.T. ergänzt und dadurch relativiert und zum anderen durch die Schaffung zusätzlicher Leistungsagenturen (betriebliche Sozialpolitik) erweitert. Angesichts der Abwanderung von zahlreichen Arbeitskräften in den Westen – die offene Grenze machte dies möglich – versuchte die SED unentbehrliche Fachkräfte durch die Einführung von Zusatzversorgungssystemen und andere materielle Anreize an die DDR zu binden.





BAND

DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK

Politische Stabilisierung und wirtschaftliche Mobilisierung

Bandherausgeber:

Prof. Dr. Christoph Kleßmann

Der Bau der Mauer im August 1961 trug wesentlich dazu bei, dass die DDR in eine Phase der Konsolidierung eintrat. Die Bevölkerung ließ sich notgedrungen mehr und mehr auf die gegebenen Verhältnisse ein. Der Lebensstandard stieg, gleichwohl wurde der Abstand zum Westen größer. Die Partei- und Staatsführung versuchte die Menschen politisch zu integrieren und ökonomisch zu mobilisieren. Frauen und Jugendliche wurden neben den traditionellen Produktionsarbeitern für eine stärkere berufliche Qualifikation umworben. Ein „Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung (NÖS)“ sollte 1963 die DDR im wissenschaftlich-technischen Bereich an die Bundesrepublik und damit an die Weltstandards heranführen. „Rentabilität“ und Wettbewerbskriterien sollten die Produktivität und damit das Wachstum der Wirtschaft steigern, allerdings ohne die Herrschaft der Partei in Frage zu stellen. Sozialpolitik wurde zur sozialistischen Sozialpolitik, die sich am NÖS orientierte. Arbeits- und Gesundheitsschutz, Leistungsanreize und das Abfedern von Folgen der wirtschaftlichen Neuorientierung rückten in den Vordergrund. Investitionen hatten Vorrang vor der Steigerung des Konsums, sollten aber auch die Grundlage für später steigenden Lebensstandard bilden. Wegen deutlicher Dezentralisierungstendenzen und Disproportionen in der Wirtschaftsentwicklung wurde das NÖS bereits im Jahre 1970 weitgehend zurückgenommen.





BAND

10 DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK

Bewegung in der Sozialpolitik, Erstarrung und Niedergang

Bandherausgeber:

PD Dr. Christoph Boyer, Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke, Dr. Peter Skyba

Die nach dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker enorm ausgeweitete Sozial- und Konsumpolitik avancierte in der späten DDR geradezu zum Inbegriff des „real existierenden Sozialismus“. Ihr Umfang und Charakter wurden dominiert vom Ziel, die SED-Herrschaft zu stabilisieren und Legitimität bzw. Massenloyalität zu erzeugen. Im Vordergrund der kaum gebündelten Maßnahmen stand weniger der Versuch, strukturelle Defizite zu kompensieren oder soziale Ungleichheit abzubauen als vielmehr das Ziel, den Lebensstandard der Bevölkerung insgesamt zu heben. Das Parteiregime hoffte auf Loyalität als Gegenleistung für „soziale Sicherheit“ und die Aussicht auf Wohlstand. Ökonomische Kriterien blieben den Anstrengungen zur Herrschaftsstabilisierung stets untergeordnet. Spätestens Mitte der 70er Jahre hatte die SED-Spitze erkannt, dass die Kosten der Sozial- und Konsumpolitik die Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft weit überforderten und wesentlich dazu beitrugen, die Verschuldung im westlichen Ausland in nicht mehr beherrschbare Dimensionen zu treiben sowie den Spielraum für die Modernisierung der ostdeutschen Wirtschaft zu minimieren. In einer Vielzahl von Entscheidungssituationen blockierte die konkrete Furcht vor dem Machtverlust die Reform einer Politik, mit der die SED-Diktatur ihren Herrschafts- und Legitimationsanspruch an das materielle Wohlergehen der Bevölkerung gekoppelt hatte.





BAND

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Sozialpolitik im Zeichen der Vereinigung

Bandherausgeber:

Prof. Dr. Gerhard A. Ritter

Das Ende der Teilung Deutschlands und des Ost-West-Konflikts führte zu einer tiefen Epochenwende. Der Einigungsprozess erbrachte ausserordentliche sozialpolitische Herausforderungen mit einer Fülle sozial- und arbeitsmarktpolitischer Problemfelder. Sie ergaben sich insbesondere durch den Umbau des ostdeutschen Sozialsystems und den Übergang der neuen Bundesländer zur Marktwirtschaft. Nach vier Jahrzehnten der unterschiedlichen Entwicklung in den beiden deutschen Staaten musste man unter auferndem Zeitdruck die Institutionen und Normen des bundesdeutschen Sozialstaats auf die neuen Bundesländer übertragen und in diesen neue sozialpolitische Akteure, wie freie Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Berufsgenossenschaften, Renten- und Krankenversicherungsträger etc. schaffen. Neben der deutschen Einigung kommt der neuen Pflegeversicherung zum 1. Januar 1995 besondere Bedeutung zu. Die europäische Komponente der Sozialpolitik im Rahmen der EU entwickelte eine besondere Dynamik, z. B. im Arbeitsschutz. Eine starke Konzentration der Sozialpolitik auf die Einigung in dieser Zeit, hat aber auch die Antworten auf Veränderungen der Rahmenbedingungen verzögert, die sich in Deutschland wie in vergleichbaren Sozialstaaten bereits abzeichneten. Verschärfte Standortkonkurrenz im Zeichen von Globalisierung, Arbeitslosigkeit, demographischer Wandel und zunehmende Alterung erzeugten einen hohen Anpassungsdruck auf die Sozialpolitik.





BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Bände 2–7 und 11

I. Rahmenbedingungen

Autor: Bandherausgeber

II. Sozialpolitische Denk- und Handlungsfelder

Autor: Bandherausgeber oder ein Mitarbeiter

III. Sozialpolitische Entwicklungen

1. Arbeitsverfassung/Arbeitsrecht

Prof. Dr. Reinhard Richardi

2. Arbeitsschutz

Dr. Dietrich Bethge, Dr. Lutz Wienhold

3. Arbeitsmarktpolitik und Arbeitslosenversicherung

Prof. Dr. Günther Schmid, Nicola Wiebe, Frank Oschmansky

4. Gemeinsame Fragen der Organisation und des Rechts der sozialen Leistungen

Prof. Dr. Peter Krause, Prof. Dr. Hans F. Zacher

5. Sicherung bei Alter, Invalidität und für Hinterbliebene

Prof. Dr. Winfried Schmähl

6. Gesundheitswesen und Sicherung bei Krankheit und im Pflegefall

Prof. Dr. Jürgen Wasem, Prof. Dr. Gerhard Igl,
Dr. Aurelio Vincenti, Dr. Angelika Behringer,
Dr. Stefan Gress, Dr. Franz Hessel

7. Unfallversicherung

Prof. Dr. Wolfgang Gitter, Prof. Dr. Otto Ernst Krasney,
Dr. Günther Sokoll

8. Rehabilitation und Hilfen für Behinderte

Prof. Dr. Kurt-Alphons Jochheim, Dr. Ferdinand Schliehe,
Dr. Wilfried Rudloff



9. **Fürsorge/Sozialhilfe**
Dr. Matthias Willing, Prof. Dr. Peter Trenk-Hinterberger
10. **Familien-/Jugend-/Altenpolitik**
Prof. Dr. Ursula Münch, Prof. Dr. Walter Hornstein,
Prof. Dr. Irene Gerlach
11. **Bildungspolitik**
Prof. Dr. Oskar Anweiler
12. **Ausgleich von Kriegs- und Diktaturfolgen
soziales Entschädigungsrecht**
Prof. Dr. Wolfgang Rübner, PD Dr. Constantin Goschler
13. **Beschäftigung, soziale Sicherung und soziale Integration
von Ausländern**
Prof. Dr. Ulrich Herbert, Dr. Karin Hunn
14. **Soziale Infrastruktur und soziale Dienste**
Prof. Dr. Dieter Grunow, Prof. Dr. Thomas Olk
15. **Wohnungspolitik**
Prof. Dr. Tilman Harlander, Prof. Dr. Günther Schulz,
PD Dr. Georg Wagner-Kyora, Dr. Gerd Kuhn
16. **Vermögenspolitik**
Dr. Yorck Dietrich
17. **Internationale Sozialpolitik**
Prof. Dr. Eberhard Eichenhofer, Dr. Peter A. Köhler,
Prof. Dr. Bernd Baron von Maydell

IV. **Gesamtbetrachtung**

Autor: Bandherausgeber



DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK

Bände 2 und 8–10

I. Rahmenbedingungen

Autor: Bandherausgeber

II. Sozialpolitische Denk- und Handlungsfelder

Autor: Bandherausgeber oder ein Mitarbeiter

III. Sozialpolitische Entwicklungen

1. Arbeitsverfassung/Arbeitsrecht

Prof. Dr. Wera Thiel, PD Dr. Peter Hübner

2. Arbeitsschutz

Dr. Lutz Wienhold

3. Arbeitskräftegewinnung und -lenkung

Dr. Dierk Hoffmann, Prof. Dr. Jörg Roesler

4. a) Gemeinsame Fragen der Organisation und des Rechts der sozialen Leistungen

Dr. Dierk Hoffmann

b) Preisgestaltung und Preispolitik

Dr. Hannsjörg F. Buck, Dr. Mark Landsman,
PD Dr. André Steiner

5. Sicherung bei Alter, Invalidität und Hinterbliebene, Sondersorgungssysteme

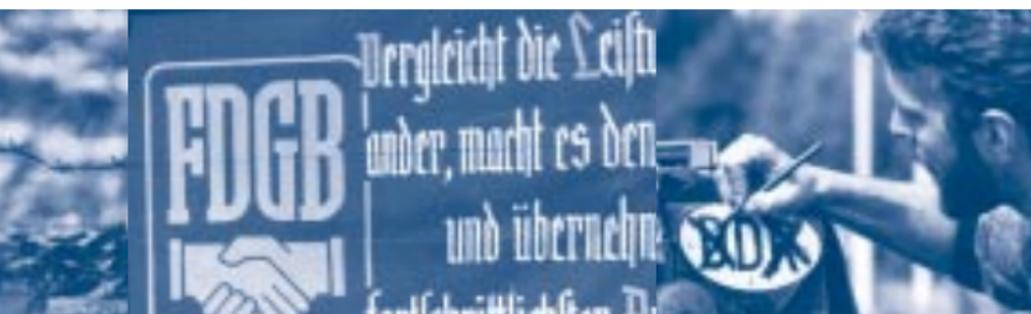
Prof. Dr. Winfried Schmähl, Dr. Dierk Hoffmann

6. Gesundheitswesen und Sicherung bei Krankheit und im Pflegefall

Prof. Dr. Jürgen Wasem, Dr. Udo Schagen,
Dr. Sabine Schleiermacher

7. Soziale Sicherung bei Unfall und Berufskrankheit

Prof. Dr. Wolfgang Gitter, Dr. Wolfgang Ricke



8. **Rehabilitation und Hilfen für Behinderte**
Prof. Dr. Helfried Teichmann, Dr. Marcel Boldorf
 9. **Sozialfürsorge**
Dr. Marcel Boldorf
 10. **Familien-/Jugend-/Altenpolitik**
Dr. Gisela Helwig, Dr. Barbara Hille
 11. **Bildungspolitik**
Prof. Dr. Oskar Anweiler
 12. **Ausgleich von Kriegs- und Diktaturfolgen**
PD Dr. Michael Schwartz, PD Dr. Constantin Goschler
 13. **Beschäftigung, soziale Sicherung
und soziale Integration von Ausländern**
Dr. Dierk Hoffmann, Prof. Dr. Jörg Roesler
 14. **Soziale Infrastruktur und soziale Dienste**
Prof. Dr. Thomas Olk
 15. **Wohnungspolitik**
Dr. Hannsjörg F. Buck, Dr. Jay Rowell
 16. **Betriebe als Träger der Sozialpolitik,
Betriebliche Sozialpolitik**
PD Dr. Peter Hübner
 17. **Internationale Sozialpolitik**
Dr. Peter A. Köhler, PD Dr. Marcel Boldorf,
Dr. Annette Wilczek
- IV. Gesamtbetrachtung**
Autor: Bandherausgeber



Die Bandherausgeber

2 Udo Wengst

Prof. Dr. phil., geb. 1947, Studium: Geschichte, Politikwissenschaft und Soziologie an den Universitäten Bonn, Köln und Tübingen. Promotion 1972 in Tübingen.

Seit 1992 Stellvertretender Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, München-Berlin. Seit 1996 Honorarprofessor für Zeitgeschichte an der Universität Regensburg.

3 Günther Schulz

Prof. Dr. phil., geb. 1950, Studium: Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Bonn. Promotion 1977. Habilitation 1990. Seit 2000 Professor für Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Bonn.

4 Michael Ruck

Prof. Dr. phil., geb. 1954, Studium: Geschichte, Geographie, Wirtschaft und Politik in Kiel. Promotion 1983. Habilitation 1994/95 in Mannheim. Professor am Institut für Geschichte und ihre Didaktik der Universität Flensburg und Direktor am Institut für Schleswig-Holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte in Schleswig.

Marcel Boldorf

PD Dr. phil., geb. 1965. Studium: Neue Geschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte und Komparatistik an der Universität des Saarlandes. Promotion 1996 in Mannheim. Seit 1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Mannheim.

5 Hans Günter Hockerts

Prof. Dr. phil., geb. 1944, Studium: Geschichte, Germanistik und Philosophie an der Universität Saarbrücken. Promotion 1969. Habilitation 1977 an der Universität Bonn. Seit 1986 Professor für Neueste Geschichte (Zeitgeschichte) an der Universität München.

6 Martin Geyer

Prof. Dr. phil., geb. 1957, Studium: Neuere Geschichte, Amerikanistik an den Universitäten München und Madison. Promotion 1987. Habilitation 1994. Seit 1997 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität München.

7 Manfred G. Schmidt

Prof. Dr. rer. pol., geb. 1948, Studium: Anglistik und Politikwissenschaft an der Universität Heidelberg. Promotion 1975 in Tübingen. Habilitation 1981 in Konstanz. Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Heidelberg.



Die Bandherausgeber

8 Dierk Hoffmann

Dr. phil., geb. 1963, Studium: Neuere Geschichte, Osteuropäische Geschichte und Volkswirtschaftslehre an der Universität München. Promotion 1994. Seit 1994 Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin.

Michael Schwartz

PD Dr. phil., geb. 1963, Studium: Geschichte und Katholische Theologie. Promotion 1993. Habilitation 2001. Seit 1994 Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin. Seit 2002 Privatdozent.

9 Christoph Kleßmann

Prof. Dr. phil., geb. 1938, Studium: Geschichte, Klassische Philologie und Politik in Göttingen, München und Tübingen. Promotion 1969 an der Ruhruniversität Bochum. Habilitation 1976. Seit 1993 Professor für Zeitgeschichte an der Universität Potsdam und seit 1996 Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam.

10 Christoph Boyer

Dr. phil., geb. 1953, Studium: Geschichte, Germanistik und Politikwissenschaft an der Universität München. Promotion 1990, Habilitation 1996. Seit 2002 Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Max-Planck-Instituts für Europäische Rechtsgeschichte, Frankfurt/Main.

Klaus-Dietmar Henke

Prof. Dr. phil., geb. 1947, Studium: Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität München. Promotion 1977. Professor für Zeitgeschichte an der Technischen Universität Dresden.

Peter Skyba

Dr. phil., geb. 1961, Studium: Neuere Geschichte, Mittelalterliche Geschichte und Soziologie an der Universität München. Promotion 1997. Seit 2002 Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin.

11 Gerhard A. Ritter

Prof. Dr. phil., geb. 1929, Studium: Geschichte und Politikwissenschaft an den Universitäten Tübingen, FU Berlin und Oxford. Promotion 1952, Habilitation 1961 an der FU Berlin. Em. Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Ehrendoktor der Universität Bielefeld und der Humboldt-Universität Berlin. Honorary Fellow St. Antony's College, Oxford.



Die Dokumentation

Die Ergebnisse des Forschungsprojektes „Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945“ werden in Darstellungsbänden mit beigefügter Dokumentation veröffentlicht.

Die Dokumentation wird jeweils auf einer CD-ROM veröffentlicht. Darstellung und Dokumentation sind mittels Verweisen unmittelbar aufeinander bezogen. Die Dokumentation soll die Darstellung illustrieren, belegen, entlasten oder ergänzen. Bei der Auswahl der Dokumente werden vielfältige Quellen berücksichtigt: Überlieferungen von Parlamenten, Ministerien, Parteien und Verbänden, Nachlässe von Akteuren, Zeitungs- und Zeitschriftenbeiträge u.v.m. Die meisten der ausgewählten Dokumente werden hier erstmals veröffentlicht.



Bestellung:

Ich bestelle die gesamte Buchreihe in 11 Bänden
ISBN 3-7890-7448-9

Subskriptionspreis 1.480,- €

Gesamtpreis 1.680,- €
nach Abschluss der Gesamtreihe

- ___ Band 1 Grundlagen der Sozialpolitik ISBN 3-7890-7314-8
- ___ Band 2 *1945 – 1949* Die Zeit der Besatzungszonen
ISBN 3-7890-7315-6
- ___ Band 3 *1949 – 1957* Bundesrepublik Deutschland
ISBN 3-7890-7317-2
- ___ Band 4 *1957 – 1966* Bundesrepublik Deutschland
ISBN 3-7890-7319-9
- ___ Band 5 *1966 – 1974* Bundesrepublik Deutschland
ISBN 3-7890-7321-0
- ___ Band 6 *1974 – 1982* Bundesrepublik Deutschland
ISBN 3-7890-7323-7
- ___ Band 7 *1982 – 1989* Bundesrepublik Deutschland
ISBN 3-7890-7325-3
- ___ Band 8 *1949 – 1961* Deutsche Demokratische Republik
ISBN 3-7890-7327-X
- ___ Band 9 *1961 – 1971* Deutsche Demokratische Republik
ISBN 3-7890-7329-6
- ___ Band 10 *1971 – 1989* Deutsche Demokratische Republik
ISBN 3-7890-7331-8
- ___ Band 11 *1989 – 1994* Bundesrepublik Deutschland
ISBN 3-7890-7333-4

Subskriptionspreis je Einzelband 149,- €
incl. CD-Rom

Preis je Einzelband incl. CD-ROM 169,- €
nach Abschluß der Gesamtreihe

Die Bände erscheinen künftig in rascher Folge. Format der Bände 160 x 240 mm, gebunden, Hardcover m. Schutzumschlag, Umfang der Bände ca. 900 S. Die Bände 2-11 beinhalten jeweils eine CD-ROM mit den dazugehörigen Dokumenten.

Die Lieferung erwarte ich jeweils nach Erscheinen der Bände, gegen Rechnung, zahlbar 14 Tage nach Erhalt. Der Eigentumsvorbehalt der Lieferfirma für übergebene Bände bis zur vollständigen Bezahlung wird anerkannt.

.....
Name/Vorname

.....
Straße/Hausnummer

.....
PLZ/ Ort

.....
Telefon für Rückfragen

.....
Datum

.....
Unterschrift

Sie haben das Recht, die Ware innerhalb von 2 Wochen nach Lieferung ohne Begründung an Ihre Buchhandlung oder an den Nomos Verlag, Waldseestr. 3-5, 76530 Baden-Baden, zurückzusenden, wobei die rechtzeitige Absendung genügt. Kosten und Gefahr der Rücksendung trägt der Empfänger.

.....
Datum

.....
Unterschrift

Bestellung an:

Nomos Verlag

Waldseestr. 3-5

76530 Baden-Baden

Telefax: 0 72 21 / 21 04-43

E-Mail: sabine.horn@nomos.de

Telefon: 0 72 21 / 21 04-37



Nomos